



**„SOZIALER WANDEL
IN MODERNEN
GESELLSCHAFTEN
IST OHNE EINE
ANALYSE SOZIALER
BEWEGUNGEN NICHT
ZU VERSTEHEN.“**

Was bewegt die Zivilgesellschaft?

Protestereignisanalyse als Indikator für soziale Konfliktpotenziale

Im Folgenden werden zentrale Begriffe der Protestereignisanalyse definiert und die wissenschaftliche Verortung, methodische Konzepte und Überlegungen dargestellt, die diesem Forschungsprojekt zugrunde liegen. Anschließend werden die Datenquellen und die Stichprobenmethodik offengelegt und beispielhaft einige Befunde der Voruntersuchung aus dem Jahr 2016 beschrieben.

Neue Unübersichtlichkeiten

Eine große Bandbreite reaktionärer, antiliberaler und rechtsextremer Akteure fordert die demokratische Kultur heraus – und das nicht nur in Thüringen. Unter anderem nutzen rassistische und extrem rechte Akteure die Herausforderungen der Migrationsbewegungen, um egoistische, vorgeblich einfachere Antworten auf komplexe Herausforderungen zu verbreiten. Ideologien der Ungleichwertigkeit werden damit auch im politischen Spektrum und in der öffentlichen Debatte salonfähig. Dabei ist die Übersichtlichkeit im Feld weitgehend verloren gegangen – auch dadurch, dass sich eine Vielzahl von Gruppen in sozialen Netzwerken zusammenfindet und zum Teil über ihre politische Zugehörigkeit zur rechtsextremen Bewegung hinwegtäuscht (zum Beispiel als Bündnisse „besorgter“ Bürger/-innen) (Quent 2016: 28).

Politischen Debatten über sogenannte Extremismen mangelt es häufig an empirischen Daten und an Einordnungen in übergreifende gesellschaftliche Prozesse. Im Fokus der Betrachtung steht zumeist die angebliche, vermutete oder durch die Handelnden selbst geäußerte politische Ausrichtung von Gewalttäter/-innen oder von Protestierenden. Dies kann – wie beispielsweise im NSU-Komplex – dazu führen, dass Ereignisse übersehen werden, die nicht in die starren Schablonen extremismustheoretischer Betrachtungen passen. Enorm zugenommen hat zudem in den letzten Jahren die Vielfalt und die Unübersichtlichkeit politischer Protestformen und -akteure. Beispielhaft zeigen dies die Irritationen in der polizeilichen Praxis und in der journalistischen Berichterstattung anlässlich einer Kundgebung in Erfurt: Etwa 1.000 Menschen beteiligten sich im Januar 2015 an einer Versammlung der

„Patriotischen Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes“ (PegAda) unter dem Motto „EnDgAmE – Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas“; darunter nach Angaben des Beratungsteams Mobit auch etwa 200 Rechtsextreme. Gerufen wurde bei der PegAda-Demonstration sowohl die neonazistische Parole „Frei, Sozial, National“ als auch die antifaschistische Parole „Nazis raus“. Die „Thüringer Allgemeine“ schrieb über Aufmarsch und Gegenproteste:

*Dem Augenschein nach zu urteilen, setzten sich die Amerikagegner aus mehreren Strömungen zusammen. Dazu gehörten Kritiker der deutschen Russland-Politik, Verschwörungstheoretiker oder Fracking-Gegner. Aber auch rechte Hooligans waren dort stark vertreten. Sie vor allem lieferten sich Provokations-Duelle mit der linken ‚Antifa‘. Für Passanten war nicht zu jeder Zeit gleich zu erkennen, wer zu welcher Gruppe gehörte. Während rechte Hooligans in ‚Nazis raus‘-Rufe einstimmten, trugen Antifa-Aktivist*innen USA-Flaggen vor sich her. (Wetzel 2015)*

Auch die Polizei hatte erhebliche Schwierigkeiten, die Teilnehmenden von „PegAda“ und die Teilnehmenden der Gegenveranstaltungen voneinander zu unterscheiden (ebd.).



Welche Gruppen also verschaffen sich über Proteste Gehör? Welche Taktiken nutzen sie dabei? Mit welchen Themen lassen sich Menschen mobilisieren? Wie reagieren andere staatliche und nichtstaatliche Akteure?

Ausgehend von diesen Beobachtungen wird im Folgenden das empirische Instrument der Protestereignisanalyse vorgestellt. Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) wird auf der Grundlage öffentlich verfügbarer Daten dazu beitragen, Antworten auf diese Fragen zu finden und an der Bewertung, Einordnung und dem angemessenen Umgang daran mitwirken. Die Herausforderungen für die demokratische Kultur sind größer und vielfältiger geworden – das eklatante Versagen im NSU-Komplex, der Rechtspopulismus, die enorm gestiegene Zahl politischer, vor allem rassistischer Gewalttaten und die gestiegene Gefahr durch den Islamismus sind nur einige der Anzeichen dafür.

In diesem Beitrag werden die Relevanz des Gegenstandes und zentrale Arbeitsbegriffe herausgearbeitet. Es folgt ein Überblick über die Protestforschung, ihre Methoden und über die Stärken und Schwächen des Ansatzes. Anschließend werden die Datenquellen und die Stichprobenmethodik des IDZ-Forschungsmoduls „Zivilgesellschaft in Bewegung“ (ZiB) offengelegt und beispielhaft einige Befunde der Voruntersuchung für 2016 beschrieben.

Wozu Protestforschung?

Zur empirischen Erforschung von Aktivitäten der politischen Zivilgesellschaft im Allgemeinen sowie von vorurteilsbasierten Bewegungen und Prozessen im Besonderen braucht es zunächst einen umfassenden Blick auf das, was stattfindet. Auf dieser Grundlage können Entwicklungen analysiert und

gedeutet werden. Bisher liegen systematische Informationen über Protestaktivitäten der Zivilgesellschaft landes- und bundesweit nicht vor. Im Forschungsmodul mit dem Arbeitstitel *Zivilgesellschaft in Bewegung* erhebt das IDZ stichprobenartig Informationen über öffentliche Protestereignisse in Thüringen. Auf diese Weise wird das empirische Material für die räumlich und zeitlich differenzierte Protestereignisdatenbank¹ gewonnen.

Was sind Proteste?

Proteste werden verstanden als öffentliche Aktionen nichtstaatlicher Akteure, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringen und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anspruchs oder Ziels verbunden sind. Bei der Analyse wird folglich von der Form des Protestes ausgegangen – und eben nicht von seiner eigen- und fremdbeschriebenen politischen Ausrichtung. Das heißt: Es werden alle Protestereignisse aus öffentlichen Quellen im Rahmen der Stichprobe erhoben. Erst in einem zweiten Schritt wird aufgrund der Protestmotive und -ziele eine Einordnung unternommen. Sowohl demokratische als auch antidemokratische Protestaktivitäten der Zivilgesellschaft werden in die Erhebung einbezogen. Auf Grundlage einer Stichprobe sollen nach Thüringer Regionen differenzierte Aussagen getroffen werden können über die Verbreitung rassistischer, islamistischer und weiterer Protestereignisse. Diese können – je nach Hintergrund und Qualität des Protestes – als Anhaltspunkte dienen für gesellschaftspolitische Themen vor Ort, aber eben auch als Anzeichen für mögliche Radikalisierungsprozesse.

Proteste werden verstanden als öffentliche Aktionen nichtstaatlicher Akteure, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringen und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anspruchs oder Ziels verbunden sind.

Demokratische Proteste, etwa gegen Verwaltungsreformen, für Ortsumgehungsstraßen und Ähnliches, erhalten – so die These – in der Regel vergleichsweise geringe öffentliche Aufmerksamkeit.

Es sollen damit nicht nur angebliche oder tatsächliche „Extreme“ erfasst werden: Vielmehr ist davon auszugehen, dass die übergroße Zahl von Protestereignissen ohne einen Zusammenhang zu angeblich oder tatsächlich extremen Bewegungen steht. Demokratische Proteste, etwa gegen Verwaltungsreformen, für Ortsumgehungsstraßen und Ähnliches, erhalten – so die These – in der Regel vergleichsweise geringe öffentliche Aufmerksamkeit. Dies kann zu einer verschobenen Wahrnehmung davon führen, was für die Zivilgesellschaft relevante Themen sind.

¹ Darin werden mit der Statistiksoftware SPSS Protestereignisse mit verschiedenen Variablen versehen, gespeichert und können differenziert ausgewertet werden.

Themen der Zivilgesellschaft sichtbar machen

Die aus öffentlichen Quellen entstehende Datenbank ZiB öffnet das Feld für vertiefende Analysen. Sie bietet die Grundlage für unterschiedliche interdisziplinäre, quantitative und qualitative Fragestellungen für die Demokratie-, Politik-, Medien- und Protestforschung. Im Längsschnitt kann beispielsweise regional differenziert die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisierungen untersucht werden. Zudem füllt die kleinräumige Analyse von Protestereignissen im ländlichen Raum einen weißen Fleck der Forschung. Nicht zuletzt wird im Sinne des öffentlichen Forschungsparadigmas die Vielfalt von Themen, Agenden bzw. Claims (d. h. politischen Anliegen) der Zivilgesellschaft sichtbar gemacht. Dadurch wird auch die außerparlamentarische Opposition gegenüber der Politik sichtbar. So kann mittels dieser ‚empirischen Sonde‘ frühzeitig auf einige Entwicklungen reagiert werden; auch Tendenzen der Politikverdrossenheit – die eine der größten Herausforderungen der repräsentativen Demokratie darstellt – lassen sich dadurch begegnen: Denn virulente Themen werden identifiziert und kommuniziert.

Raumkämpfe und Eskalationsdynamiken

Darüber hinaus sollen Radikalisierungstendenzen und Gewaltpotenziale herausgestellt werden. Im Hinblick auf demokratiefeindliche und gewaltförmige Tendenzen wird die Datenbank auch eine wissenschaftliche Grundlage bilden für die Erforschung und Diskussion von Ursachen, Themen und Akteuren gewalttätiger Konflikte. Denn Ziel von Protestereignisanalysen im Sinne einer öffentlichen Demokratieforschung ist es auch, Eskalationsdynamiken und Risikofaktoren für kollektive Gewalt zu identifizieren. In welchen Protestsituationen besteht eine überdurchschnittlich große Gefahr für die Entstehung von Gewalt? Wie können zivilgesellschaftliche Akteure zur Deeskalation beitragen? Ausgehend von den Befunden der Protestereignisdatenbank werden Ansatzpunkte herausgearbeitet für vertiefende Analysen. Beispielhaft zeigt die Fallstudie von Stephanie Schmidt in diesem Band, wie durch ethnografische Beobachtungen Demonstrations- und Konfrontationssituationen analysiert werden können.

In welchen Protestsituationen besteht eine überdurchschnittlich große Gefahr für die Entstehung von Gewalt?

Hassaktivitäten erforschen

Zudem liefert die Datenbank den empirischen Ausgangspunkt, um im Rahmen des entsprechenden Forschungsmoduls des IDZ vorurteilsbasierte (Hass-)Aktivitäten und Akteure zu untersuchen, die die Menschenwürde infrage stellen (vgl. Beitrag von Geschke in diesem Band).

Zum Stand der Protest- und Bewegungsforschung

Diagnose: „Bewegungsgesellschaft“

Lange Zeit löste Bürgerprotest in der Politik vor allem Ängste vor „Unregierbarkeit“ aus (Roth 2012: 37); einflussreiche Strömungen der Sozial- und Verhaltenswissenschaften charakterisierten ihn als „irrational“ und „dysfunktional“ (Kern 2008: 10). Inzwischen wird er überwiegend als Indikator für gesellschaftliche Konfliktpotenziale und Problemlagen betrachtet, die im Sinne einer „Politik von unten“ sichtbar gemacht werden, weil sie vom etablierten politischen System zu wenig Berücksichtigung erfahren (Eilders 2001: 275). In der Protest- und Bewegungsforschung geht man dementsprechend von einer „Normalisierung“ des Protests als Mittel des politischen Kampfes“ (Rucht 2001: 36) aus – prominent zusammengefasst unter den Schlagwörtern „Protestgesellschaft“ (Pross 1992) und „Bewegungsgesellschaft“ (Neidhardt/Rucht 1993, Rucht 1998).

Protest wird als Indikator für gesellschaftliche Konfliktpotenziale und Problemlagen betrachtet.

Der von Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht geprägte Begriff „Bewegungsgesellschaft“ ist vielschichtig. Beschreibend (*deskriptiv-diagnostisch*) meint er vor allem: Proteste sind ein fest etabliertes und weit verbreitetes Phänomen. Sie sind „keine sporadisch aufflackernden Aufwallungen, sondern sie gehören zum Standardrepertoire politisch aktiver Menschen in der Bundesrepublik“ (Hutter/Teune 2012: 12). Im historischen Vergleich zeichnet sich zugleich ab, dass die „Bewegungsgesellschaft“ heute heterogen und fragmentiert ist. Nicht radikale Utopien sind für sie handlungsleitend, sondern die reformorientierte Funktion als nichtstaatliches Korrektiv der Politik (Rucht 1998: 17ff.).

Voraussagend (prognostisch) deutet der Begriff an: Proteste und soziale Bewegungen werden diese Stellung auch weiterhin einnehmen (Neidhardt/Rucht 1993: 321). Neben fest etablierten politischen Akteuren – wie Parteien, Parlamenten und Regierungen – hat sich der Bewegungs- und Protestsektor so unwiderruflich verankert, dass er in demokratischen Gesellschaften auch in Zukunft eine tragende Rolle spielen wird als politischer Impulsgeber (Roth 2012: 37).

Analytisch beschreibt der Begriff die im Zuge von Modernisierungsprozessen entstandenen strukturellen Bedingungen, die die Entwicklung zu „Bewegungsgesellschaften“ ermöglicht haben. Zu nennen sind beispielsweise die „Ausdifferenzierung einer zunehmend massenmedial organisierten Öffentlichkeit“ oder die im Prozess der Individualisierung gestiegenen Teilhabeansprüche der Bürger/-innen (Neidhardt/Rucht 1993: 320f.). Dabei soll nicht suggeriert werden, dass etwa Parteien durch die in Bewegung geratene Zivilgesellschaft redundant werden. Vielmehr geht die Bewegungsforschung aus von einer Ausdifferenzierung des Systems der politischen Vermittlung zwischen unterschiedlichen Interessen. In diesem System nehmen soziale Bewegungen einen fest verankerten Platz neben und teils gegen Parteien und Interessenverbände ein, sodass sie sich zunehmend zu „einem ‚normalen‘ Moment moderner Gesellschaften entwickeln und Teil ihres strukturellen Inventars werden, z.T. auch schon sind“ (ebd.: 322).

Vor diesem Hintergrund und ebenso im Lichte der aktuellen Entwicklungen im Protestsektor ist Sebastian Haunss und Peter Ullrich (2013: 295) zuzustimmen, wenn sie erklären:

„ *Soziale Bewegungen sind zentrale Akteure, die die bestehende Ordnung destabilisieren und die Wandlungsprozesse antreiben und beschleunigen oder auch versuchen, sich ihnen zu widersetzen.* “

Entwicklungen der deutschen Protest- und Bewegungsforschung

Umso erstaunlicher ist der Eindruck, den man von der deutschsprachigen Forschungslandschaft gewinnt. Nach einem Boom in den 1980er Jahren hat die Protest- und Bewegungsforschung in Deutschland seit den 1990er Jahren stark an Sichtbarkeit eingebüßt (vgl. Teune 2008: 529ff.). In Deutschland ist die Forschung zum Thema bisher über lose Forschungsk Kooperationen und zeitlich begrenzte Drittmittelprojekte hinaus strukturell wenig in der akademischen Welt institutionalisiert (Haunss/Ullrich 2013: 292). Vielmehr hängt die Forschung – ähnlich der Rassismus- und Rechtsextremismusforschung – stark vom Engagement einzelner Wissenschaftler/-innen ab. Die verstärkte Ausrichtung auf internationale Netzwerke und englischsprachige Publikationen verwundert dementsprechend nicht (Teune 2008: 531f.).

Aktuell ist die deutsche Protest- und Bewegungsforschung vor allem durch Fallstudien geprägt.

Aktuell ist die deutsche Protest- und Bewegungsforschung vor allem durch Fallstudien geprägt. Sie fokussiert Umfragen auf Individualebene (Marg et al. 2013) und Demonstrationsbefragungen, bspw. rund um PEGIDA (Daphi et al. 2015, Göttinger Institut für Demokratieforschung 2016, Vorländer et al. 2016). Seltener werden teilnehmende („von innen“) oder strukturierte („von außen“) Beobachtungen von Protestaktivitäten durchgeführt (vgl. Beitrag von Schmidt in diesem Band, Daphi et al. 2015). In letzter Zeit gewinnen besonders Fragen nach der Rolle der sozialen Medien für Protestbewegungen an Bedeutung (Göttinger Institut für Demokratieforschung 2016, Kneuer/Richter 2015, van de Donk et al. 2004). Fallstudien leisten einen wichtigen Beitrag zum Verständnis von Protest. Sie können unter anderem Aufschluss geben über individuelle Motive zum Protest, auf sozialstrukturelle Bedingungen für Engagement hinweisen und somit ein tieferes Verständnis liefern für spezifische Problemlagen und Konfliktpotenziale in der Zivilgesellschaft. Sie konzentrieren sich häufig auf herausragende Ereignisse und die Aktionsform Demonstration, lassen aber keine quantifizierbaren Aussagen darüber zu, wer wo wie (jenseits der untersuchten Demonstrationen) und zu welchem Thema protestiert.

Letzteres für Thüringen zu ermitteln, das ist Ziel des Moduls „Zivilgesellschaft in Bewegung“. Wir streben eine Langzeiterhebung des Protestgeschehens in Thüringen an. Damit können wir die Breite der Protestereignisse abbilden – auch jenseits hervorstechender Mobilisierungen, die einen Eingang ins kollektive Gedächtnis finden.

Wir streben eine Langzeiterhebung des Protestgeschehens in Thüringen an.

Ähnliche Projekte gab es mit dem Prodat-Projekt (kurz für „Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik“) bereits für die Bundesrepublik (Rucht 2001) sowie in vergleichender Perspektive im westeuropäischen Maßstab (Kriesi et al. 1995). Nicht bekannt ist uns eine mit der unsrigen vergleichbare Erhebung auf Landesebene bzw. auf kommunaler Ebene und mit einer intendierten öffentlichen Agenda.

Prodat

Der wichtigste Referenzpunkt bei der Konzeption des Moduls war und ist Prodat.² Grundidee des von Dieter Rucht geleiteten Projektes war es, „die Analyse des Protestgeschehens auf eine nachvollziehbare und systematische empirische Basis zu stellen“ (Rucht 2001: 315). Es sollten nicht „nur“ einzelne Fallstudien zu bestimmten Bewegungen erstellt werden – vielmehr wurde die gesamte Entwicklung des Protestgeschehens in Deutschland in den Blick genommen. Im Rahmen des Forschungsprojektes Prodat wurden die überregionalen Teile der Frankfurter Rundschau und der Süddeutschen Zeitung stichprobenartig untersucht – über den sehr langen Zeitraum von 1950 bis 2002. Dabei wurden Proteste zu allen Themen aufgenommen, sodass Aussagen über langfristige Entwicklungen getroffen werden können. Die oben dargestellte Diagnose einer „Bewegungsgesellschaft“ konnte wesentlich durch dieses Material untermauert und differenziert werden. Die von Prodat verwendete Methode der Protestereignisanalyse, mit der wir auch im ZiB-Modul arbeiten, soll im Folgenden kurz dargestellt und diskutiert werden.

Grundidee des von Dieter Rucht geleiteten Projektes war es, „die Analyse des Protestgeschehens auf eine nachvollziehbare und systematische empirische Basis zu stellen“.

Die Methode der Protestereignisanalyse

Die Protestereignisanalyse ist eines der Standardinstrumente der Protest- und Bewegungsforschung. Der Form nach ist sie eine Inhaltsanalyse, also eine „empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“ (Früh 1998: 25). Während zum Beispiel bei der Auswertung von Interviews von einer qualitativen Inhaltsanalyse gesprochen wird, geht die Protestereignisanalyse vorrangig quantitativ vor. Sie reduziert große Mengen an qualitativ vorliegenden Informationen anhand eines klar definierten Schemas zur quantitativen Analyse. Dabei folgt sie einem genau definierten Ablauf: Zunächst wird die Fragestellung festgelegt, dann der Gegenstand nach theoretischen Kriterien bestimmt, in Untersuchungseinheiten gegliedert und geeignetes Quellenmaterial ausgewählt (Rucht et al. 1995: 264). Anschließend wird eventuell eine Stichprobe gebildet. Auf dieser Grundlage können die standardisierte Codierung und die quantitative Auswertung vorgenommen werden (Rucht 2001: 13ff.).

² Der mit dem Prodat-Projekt vertraute Dr. Simon Teune hat in der Konzeptionsphase von „Zivilgesellschaft in Bewegung“ beratend mitgewirkt. An dieser Stelle sei ihm noch einmal herzlich gedankt.

Stärken der Protestereignisanalyse

Die Vorteile dieser Methode liegen darin, dass man große Mengen von Informationen zum medial übermittelten Protestgeschehen systematisch und objektiv beobachten kann.

Die Vorteile dieser Methode liegen darin, dass man große Mengen von Informationen zum medial übermittelten Protestgeschehen systematisch und objektiv beobachten kann. Die computergestützte Codierung und Auswertung ermöglicht darüber hinaus das Aufschlüsseln und Analysieren nach unterschiedlichen Gesichtspunkten sowie die Verknüpfung mit Vergleichsdaten – zum Beispiel mit Dokumentationen und Chroniken zivilgesellschaftlicher, gewerkschaftlicher oder staatlicher Akteure (Rucht 2001: 15). Zudem handelt es sich um ein nonreaktives Verfahren: Da die Daten nicht von uns selbst erhoben, sondern gleichsam „vorgefunden“ werden, können die Forschenden sie nicht beeinflussen oder verzerren. Durch Definitionen und andere Entscheidungen bestimmen die Forschenden, was als Protest gewertet wird und was nicht – dies wird transparent dargestellt. Damit verbunden kommt eine weitere Stärke dieser Methode zum Vorschein: Während der Wissenschaft häufig vorgeworfen wird, sie verharre zu sehr in ihrem „Elfenbeinturm“ und sei sich ihrer eigenen „Echokammer“ nicht bewusst, kann und soll die Protestdatenbank für das IDZ auch als „Echlot“ für elementare Konfliktlinien dienen.

Insofern streben wir danach, zu erfahren: Welche Themen bewegen die Thüringer/-innen? Wer sind die treibenden Akteure? Welche Aktionsformen wählen die Akteure, um ihren Protest zu äußern? Im Zeitverlauf sollen dabei auch Aussagen ermöglicht werden über Entwicklungen und Veränderungen im zivilgesellschaftlichen Protestgeschehen.

Welche Themen bewegen die Thüringer/-innen? Wer sind die treibenden Akteure? Welche Aktionsformen wählen die Akteure, um ihren Protest zu äußern?

Schwächen der Protestereignisanalyse

Wie jeder methodischer Zugang hat auch diese Herangehensweise ihre Nachteile. Dabei sind vor allem zwei wichtige Punkte zu nennen: Erstens sind die von uns zugrunde gelegten Informationen aus den Presseartikeln stark standardisiert und zweitens über die Zeitungen vorselektiert (Rucht 2001: 17). Ersteres ist ein generelles Problem quantitativer Forschung. Zwar können große Mengen an Kommunikationsinhalten verarbeitet werden, zugleich ist es aber kein verstehendes, sondern nur ein abbildendes Verfahren. Das heißt: Bestimmte vertiefende Fragen, wie sie oben in Bezug auf die Stärken von Fallstudien genannt wurden, können nicht beantwortet werden. Dennoch kann die quantitative Protestereignisanalyse Hinweise darauf geben, mit welchen Protesten man sich intensiver beschäftigen sollte. Insofern kann sie die Aufmerksamkeit auf Untersuchungsobjekte für qualitative Fallstudien lenken.

Der zweite Kritikpunkt ist schwerwiegender; daher wird die Selektivität der Informationsquelle Zeitung in Bezug auf die Berichterstattung über Protesthandlungen im Folgenden genauer betrachtet.

Selektivität der Berichterstattung

Allgemein müssen und sollen Zeitungen eine Auswahl bezüglich des Geschehens außerhalb unseres unmittelbar sinnlich erfahrbaren Alltagsumfelds liefern. Zeitungen müssen auswählen, worüber sie berichten, weil sie nur über einen eng definierten Raum zum Berichten und (zunehmend) begrenzte ökonomische Ressourcen verfügen. Zeitungen sollen selektieren, weil Leser/-innen nicht über die kognitiven Fähigkeiten oder schlicht die Zeit verfügen, sich in einem „Real-Life-Stream“ umfassend über das globale Weltgeschehen zu informieren. Würden Informationen nicht ausgewählt, wäre die Leserschaft schlicht überfordert. Während Zeitungen also strukturell auf Informationsselektion angewiesen sind, erfolgt diese Selektivität nicht zufällig, sondern entsprechend spezifischer Muster.

Würden Informationen nicht ausgewählt, wäre die Leserschaft schlicht überfordert.

Muster der Auswahl

Zum Auswahlverfahren der Presse hinsichtlich der Berichterstattung über Protestereignisse finden sich in der Literatur wenige, aber aufschlussreiche Arbeiten. Diese weisen darauf hin: Selektiert wird sowohl *räumlich* als auch *zeitlich* anhand von Quantität und Qualität des Protests sowie entlang einer „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ (Franck 2010).

Räumlich spricht man von einem „proximity effect“, das heißt also, je näher das Ereignis dem Sitz der Zeitung ist, desto sicherer wird davon berichtet (Oliver/Maney 2000: 495f.). Da besonders zentrale Räume (z. B. Regierungssitze) besser abgedeckt werden, spricht man im deutschen Raum von einem „Hauptstadteffekt“ (Hocke 1998: 219, Eilders 2001: 282). Um solche Effekte zu minimieren, erhebt das IDZ Lokalteile aus allen Thüringer Regionen.

In Bezug auf den Faktor *Zeit* gibt es Hinweise aus der amerikanischen Forschung: Die (lokale) Berichterstattung ist bei großen Protestbewegungen stabil. Doch es gibt Jahre, in denen besonders kleinere Ereignisse schlecht abgedeckt werden (Oliver/Maney 2000: 495). Zudem haben Protestereignisse an Jahrestagen, Feiertagen oder Montagen eine höhere Berichtswahrscheinlichkeit (ebd.: 496f.). Es ist davon auszugehen, dass dies auch für Wochenenden zutrifft.

Bezüglich der *anderen Faktoren* ist zu sagen: Die größte Chance, in die Presse zu gelangen, haben „teilnehmerstarke Proteste zu Themen, die bereits vorher hohe Medienaufmerksamkeit genossen haben“ (Eilders 2001: 282). Als weitere Faktoren hervorgehoben werden: die Anwesenheit von Gegen-demonstrant(inn)en, die Anzahl der Polizeikräfte, die Nutzung von Verstärkern und Lautsprechern sowie die Organisation der Veranstaltung durch lokale Anwohner/-innen (Oliver/Maney 2000: 496).

Selektionsgrad

Der Selektionsgrad unterscheidet sich zwischen verschiedenen Quellen erheblich. Ein Vergleich medienexterner und -interner Quellen für die Stadt Freiburg im Breisgau der 1980er Jahre war in

dieser Hinsicht aufschlussreich. Während die Polizei innerhalb von 7 Jahren 196 Protestereignisse registrierte, berichtete die Lokalzeitung über 74 Protestereignisse, das überregionale Blatt nur über 9 (Hocke 1999: 150). Es ist davon auszugehen: Die Situation für Thüringen ist ähnlich; eine genauere Prüfung dessen hängt vom Zugang zu medienexternen Quellen ab. Deutlich wird, dass mittels der Protestereignisanalyse „keine Aussagen über Proteste ‚an und für sich‘, sondern nur über von Journalisten wahrgenommene und in ihren Zeitungen publizierte Proteste“ (Neidhardt/Rucht 2001: 62) möglich sind.

Durch unseren Zugang können wir zumindest die vielen kleinen, durch lokale Themen und Mobilisierungen bestimmten Ereignisse abbilden.

Dennoch haben wir uns für die Analyse von Protest anhand der Zeitungsberichte entschieden: zum einen, weil der Druck auf die Regionalpresse zur Selektivität weniger stark ist (Eilders 2001: 278). Durch unseren Zugang können wir zumindest die vielen kleinen, durch lokale Themen und Mobilisierungen bestimmten Ereignisse abbilden. Diese werden in der überregionalen Presse häufig nicht für berichtenswert erachtet. Wir hoffen dadurch, zukünftig auch Aussagen treffen zu können über Proteste im ländlichen Raum, die häufig unterbelichtet bleiben.

Zum anderen, weil Lokalzeitungen trotz der oben gemachten Einschränkungen konstant berichten und einfach zugänglich sind – verglichen mit anderen Quellen, beispielsweise Jahrbüchern von Gewerkschaften oder Statistiken von Polizei oder Ordnungsamt (Kriesi et al. 1995). Sie sind äußerst wertvolle Quellen, trotz ihrer Schwächen. Um letztere noch weiter minimieren zu können, streben wir an, weitere Quellen zur Validierung der Zeitungsdaten heranzuziehen (Hocke 1998: 158, Eilders 2001: 278), zum Beispiel die Chroniken von Mobit und ezra. Der Zugang zu weiteren Datenbanken wird momentan geprüft. Es bleibt festzuhalten: Protestereignisse werden nach wie vor insbesondere über Journalist(inn)en vermittelt und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht; sie werden dadurch auch für politische Akteure relevant (Rucht 2001: 30). Das heißt: Ihre angestrebte Strahlkraft und Folgenhaftigkeit erhalten Proteste erst durch die Medien. Sie „werden vor allem dadurch wirksam, dass ein größeres Publikum sie erst über Medien vermittelt wahrnimmt“ (Hutter/Teune 2012: 11). Auch dies ist ein gewichtiges sachliches Argument für die Wahl der Protestereignisanalyse als Methode für das ZiB-Modul.

Ihre angestrebte Strahlkraft und Folgenhaftigkeit erhalten Proteste erst durch die Medien.

Zivilgesellschaft in Bewegung

Methodische Umsetzung der Protestdatenbank für Thüringen

Protest als Untersuchungseinheit

Entsprechend dem oben dargestellten Ablauf einer Protestereignisanalyse und vor dem Hintergrund der theoretischen Überlegungen zum Stellenwert von Protest heute wurde zunächst die Fragestellung festgelegt:

„Wer protestiert wann und wo zu welchem Thema in Thüringen?“

Anschließend haben wir den zentralen Gegenstand „Protest“ nach theoretischen Kriterien bestimmt. Wie oben bereits dargestellt, *werden Proteste definiert als öffentliche Aktionen nichtstaatlicher Akteure, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringen und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anspruchs oder Ziels verbunden sind*. Diese grundlegende und allgemeine Bestimmung von Protest ist in einem Codierhandbuch kleinteiliger definiert. Dieses Buch dient der internen Kommunikation und Schulung. Darüber hinaus ermöglicht es die standardisierte Überführung der qualitativen Zeitungsinformationen in eine quantitative Datenbank. Dort werden alle aus den Zeitungsberichten zu analysierenden Merkmale genau definiert und mit Beispielen unterlegt. Diese exakte Erläuterung und Festlegung der Begriffe ist notwendig, weil sie nicht unbedingt dem Alltagsverständnis entsprechen – bzw. weil sich das Alltagsverständnis unter den verschiedenen Codierenden enorm unterscheiden kann (Rucht et al 1995.: 266). Die Protest-Definition orientiert sich weitgehend an der des Prodat-Projekts (Rucht 2001: 19), allerdings mit einem zentralen Unterschied: Während Prodat ausschließlich kollektive Proteste aufnahm, erfasst ZiB auch Proteste, die nicht-kollektiven Akteuren zugerechnet werden. Vor dem Hintergrund aktueller Erfahrungen (bspw. des sogenannten ‚lone wolf‘ Terrorismus) haben wir uns entschieden, auch individuelle Akteure zu berücksichtigen.

Die Gliederung des Gegenstands Protest in Untersuchungseinheiten wird über die erhobenen Variablen vorgenommen. Zentral dabei sind:

- die Kurzbeschreibung des Protestereignisses (Wer? Wo? Wie? Warum?),
- das Datum,
- die Quelle,
- der Mobilisierungs- und Bezugsraum,
- die Hauptorte, die sozialen Träger,
- die Organisator(inn)en,
- der politische Standort laut Quellen,
- die Anzahl der Teilnehmenden,
- namentlich hervorgehobene Einzelpersonen,
- das Protestthema,
- die Forderungen und Anliegen,

- die Kampagnenhaftigkeit,
- das Objekt und der Adressat des Protests,
- die Aktionsform,
- ob es sich um eine Hassaktivität handelt (vgl. dazu den Beitrag von Geschke in diesem Band) und
- die unmittelbaren Folgen des Protests, beispielsweise Gegendemonstrationen, Polizeieinsätze, Verhaftungen, Sachbeschädigungen oder Verletzte.

Dabei sind häufig Mehrfachnennungen möglich. Die Skalen reichen von binären Ja-/Nein-Fragen bis hin zu Listen mit zu ergänzenden Ausprägungen; letzteres ist zum Beispiel bei der Liste der Protestanliegen der Fall, in der mögliche Forderungen und Anliegen von Protesten aufgeführt werden.

Zusammensetzung der Stichprobe

Als Quellenmaterial gewählt wurde: die Thüringer Allgemeine, die Ostthüringer Zeitung und das Freie Wort für Thüringen sowie die Süddeutsche Zeitung als überregionales Blatt. Die Ausweitung auf andere Quellen (bspw. auf Daten von NGOs und Polizei) wird geprüft. Für eine beispielhafte Erhebung der Monate August bis Dezember 2016 wurden aus forschungsökonomischen Gründen nur die Landesteile der genannten thüringischen Zeitungen untersucht.

Ein Vortest im Herbst 2016 hat jedoch ergeben: Überdeutlich mehr als die Hälfte der Protestereignisse wurde lediglich im Lokalteil der entsprechenden Zeitungen berichtet. Um diese Daten systematisch auswerten zu können, ist ein wesentlich größerer Arbeitsaufwand nötig: Will man Gesamthüringen abdecken, sind mindestens 26

Lokalteile zu beachten. Zugleich wird hier deutlich, wo der Zusatznutzen einer solchen Erhebung der Lokalteile liegt. Wenn die Protestereignisanalyse Auskunft darüber gibt, „welche Gruppen sich als ‚Außenseiter‘ im demokratischen Herrschaftsgefüge erfahren und die eigenen Frustrationen in Protestaktivitäten umgesetzt haben“ (Rucht 2001: 29),³ so kann nur eine kleinteilige Analyse der Lokalteile darüber für den ländlichen Raum Auskunft geben. Um einen Abgleich mit der nationalen Presse zu haben, untersuchen wir zusätzlich den überregionalen Teil der Süddeutschen Zeitung.

Da eine Vollerhebung aufgrund der Ressourcenlage nicht realisierbar ist, wird eine Stichprobe gebildet. Diese wird über die Wahl der Zeitung ebenso begrenzt wie räumlich und zeitlich – es werden nur Proteste aufgenommen, die sich ab August 2016 auf dem Territorium der Bundesrepublik

³ Einschränkung sei an dieser Stelle hinzugefügt, dass Protest überdurchschnittlich häufig von besser gebildeten Menschen mit Zeit und hohem Einkommen geäußert wird (Marg et al. 2013). Häufig ist er ein Mittelschichtphänomen und weniger ein Ausdrucksmittel der am stärksten Benachteiligten (Hutter/Teune 2012: 14). Gerade direkte Beteiligungsmöglichkeiten, die häufig als die „demokratischsten“ dargestellt werden, können damit durchaus sozial exkludierende Wirkungen zeigen (Bergmann 2012: 22).

oder international mit Beteiligung von Gruppen aus Thüringen ereignet haben. Dabei untersuchen wir jede Montagsausgabe der ausgewählten Zeitungen und zusätzlich einen fortlaufenden Tag pro Woche: das heißt, in der ersten Woche den Dienstag, in der zweiten den Mittwoch, in der dritten den Donnerstag usw.

Dabei untersuchen wir jede Montagsausgabe der ausgewählten Zeitungen und zusätzlich einen fortlaufenden Tag pro Woche: das heißt, in der ersten Woche den Dienstag, in der zweiten den Mittwoch, in der dritten den Donnerstag usw.

Prozess der Codierung

Auf dieser Grundlage erfolgt eine standardisierte Codierung. Bei der Datenerhebung sichten Codierende die Quellen online, machen Screenshots von den Artikeln und speichern diese gruppiert ab. Auf diese Weise entsteht ein Archiv des thüringischen Protestgeschehens. Die Dateneingabe erfolgt über einen eigens angelegten Online-Fragebogen. Die Codierenden wurden anhand des Codierhandbuchs und konkreter Beispiele aus der thüringischen Protestlandschaft geschult. Bei der Dateneingabe wird klar zwischen Codier- und Quellwissen unterschieden. Das heißt: Es wird getrennt eingegeben, welche Informationen direkt aus dem Artikel stammen und welche auf dem Expertenwissen der eingebenden Wissenschaftler/-innen beruhen. Die auf diese Weise gewon-

nenen Daten werden heruntergeladen, gegebenenfalls um Eingabefehler bereinigt und mit der Analyse-Software SPSS quantitativ ausgewertet. Einen ersten Einblick in die so gewonnenen Ergebnisse für die Stichprobe aus dem Jahr 2016 geben die folgenden Ausführungen.

Die auf diese Weise gewonnenen Daten werden heruntergeladen, gegebenenfalls um Eingabefehler bereinigt und mit der Analyse-Software SPSS quantitativ ausgewertet.

Erste Befunde

Die reduzierte Stichprobe umfasst insgesamt 46 Protestereignisse. Es wurden nur die Landesteile der Zeitungen berücksichtigt. Es haben also nur solche Ereignisse Eingang in die Datenbank gefunden, denen die Presse landesweite Bedeutung zugemessen hat. Diese Selektivität muss bei den folgenden Ergebnissen berücksichtigt werden. Zudem handelt es sich um einen sehr kurzen Erhebungszeitraum von nur vier Monaten (August bis Dezember 2016). Ziel der folgenden Beispiele ist es, der Leserschaft einen ersten Eindruck über den Ansatz und die Potenziale der Protestereignisanalyse zu verschaffen. Die Protestereignisanalyse wird in den kommenden Jahren mit einem kontinuierlich wachsenden und in der regionalen Vertiefung bisher einmaligen Datensatz Befunde liefern über die Entwicklung von Protest der Zivilgesellschaft.

Die Protestereignisanalyse wird in den kommenden Jahren mit einem kontinuierlich wachsenden und in der regionalen Vertiefung bisher einmaligen Datensatz Befunde liefern über die Entwicklung von Protest der Zivilgesellschaft.

Regionale Verteilung

Tabelle 1 zeigt die regionale Verteilung der 46 erhobenen Protestaktivitäten. Ein Viertel der erhobenen Ereignisse hat in der Landeshauptstadt Erfurt stattgefunden. Dem folgen die größeren Städte Jena und Gera. In den Landesteilen der erhobenen Zeitungen dominieren Berichte über Protestaktivitäten aus urbanen Sozialräumen. Aus ländlich-geprägten Regionen wurde nur über vereinzelte Aktivitäten berichtet. Dem entspricht das Erfordernis, die Stichprobenziehung von den Landesteilen auf die Lokalteile zu erweitern, wie dies seit Januar 2017 stattfindet. Aktivitäten vergleichsweise einflussreicher Lobbygruppen, insbesondere in der Landeshauptstadt, dominieren die Berichterstattung im Landesteil; es gilt künftig unter anderem unter Einbeziehung der jeweiligen Bevölkerungszahlen zu überprüfen, ob die landesweite Berichterstattung Protestaktivitäten – und damit Konfliktlagen – in peripheren Regionen systematisch vernachlässigt.

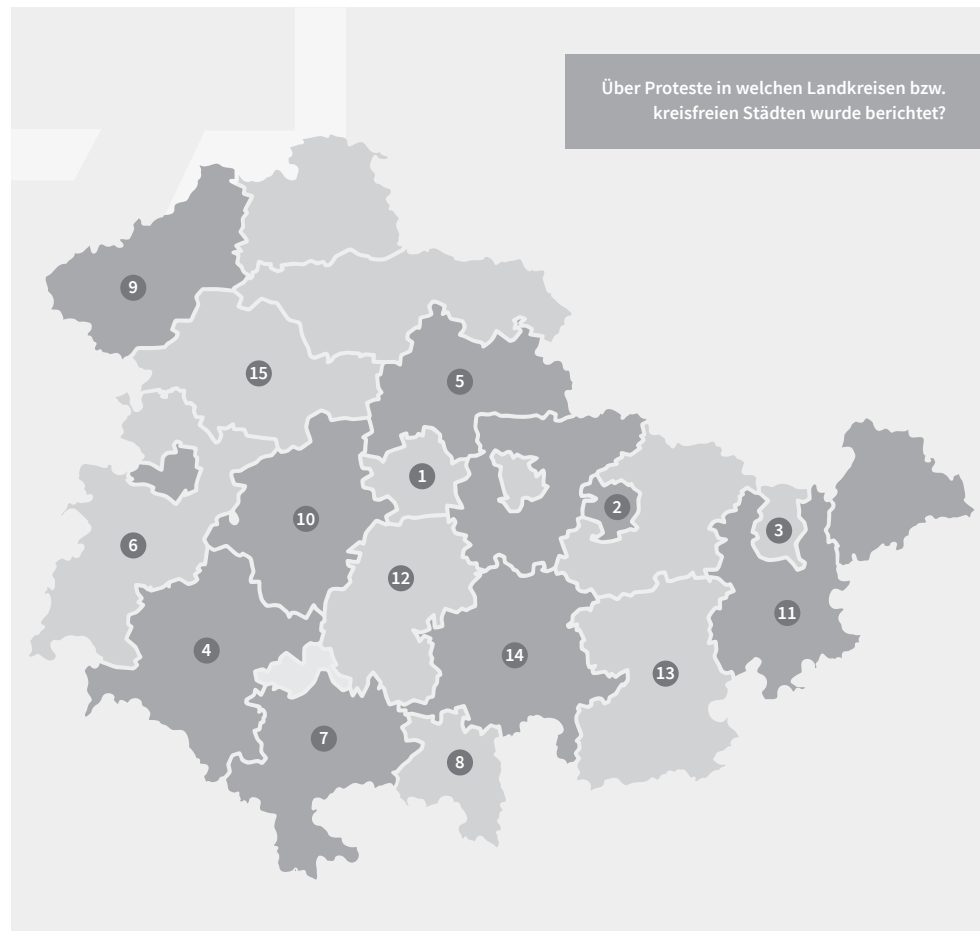


Abb. 1: Thüringenkarte mit Landkreisen und kreisfreien Städten

Nr. in Abb. 1	Landkreis bzw. kreisfreie Stadt	Häufigkeit	Prozent
1	Erfurt	14	30,4
2	Jena	7	15,2
3	Gera	4	8,7
4	Schmalkalden-Meiningen	3	6,5
5	Sömmerda	3	6,5
6	Wartburgkreis	3	6,5
7	Hildburghausen	2	4,3
8	Sonneberg	2	4,3
9	Eichsfeld	1	2,2
10	Gotha	1	2,2
11	Greiz	1	2,2
12	Ilm-Kreis	1	2,2
13	Saale-Orla-Kreis	1	2,2
14	Saalfeld-Rudolstadt	1	2,2
15	Unstrut-Hainich-Kreis	1	2,2
–	außerhalb Thüringens	1	2,2
Gesamt		46	100,0

Tabelle 1: Protestereignisse gegliedert nach Landkreisen/kreisfreien Städten in Thüringen

Politischer Standpunkt der Protestierenden laut Quelle

In der absoluten Mehrzahl der Fälle (76,1 Prozent) wird in den Zeitungsberichten kein politischer Standpunkt der Protestierenden angegeben. Tabelle 2 zeigt: In 2 der 46 Fälle wurden die Teilnehmenden als links, in 3 Fällen als rechts bzw. rechtspopulistisch und in 3 Fällen als rechtsextrem bezeichnet. In 3 Fällen wurde eine uneinheitliche bzw. übergreifende Zusammensetzung attestiert. Diese Werte bestätigen den offenen Ansatz dieser Methode insofern, als dass die Annahme bestätigt wird: Links-Rechts-Zuschreibungen werden der zivilgesellschaftlichen Vielfalt schlicht nicht gerecht. Die Zuordnung entlang der politischen Richtungslehre ist für Beobachter/-innen – hier Journalist(inn)en – schwierig beziehungsweise relativ bedeutungslos. Die klare Abgrenzbarkeit zwischen „links“, „rechts“ und „Mitte“ spielt in der medialen Darstellung bei den betrachteten Fällen eine untergeordnete Rolle.

Wurde der politische Standpunkt der Protestierenden von der Zeitung benannt (und wenn ja, wie)?

	Häufigkeit	Prozent
nicht benannt	35	76,1
„links“	2	4,3
„rechts“	3	6,5
„rechtsextrem“	3	6,5
ambivalent, heterogen	3	6,5
Gesamt	46	100,0

Tabelle 2: Politischer Standpunkt der Protestierenden laut Quelle

Räumlicher Bezug

In über 30 Prozent der Fälle ist keine eindeutige Zuordnung eines regionalen Bezugspunktes der Aktivitäten möglich. Wo der räumliche Bezugspunkt eingeordnet werden kann, drehen sich die Proteste vor allem um kommunale, regionale und landesweite Probleme. Obwohl sich die Proteste in Thüringen meist nicht zum Beispiel gegen die bundesdeutsche Gesetzgebung richten, werden dennoch bundesweite Probleme im Kleinen verhandelt; so etwa, wenn es um die konkrete Umsetzung von Infrastrukturprojekten im Rahmen der „Energiewende“ geht oder die Integration von Geflüchteten und Migrant(inn)en vor Ort.

Auf Problemfelder welcher Reichweite bezogen sich die Proteste?

	Häufigkeit	Prozent
nicht benannt	14	30,4
kommunal	10	21,7
regional	5	10,9
landesweit	14	30,4
bundesweit	3	6,5
Gesamt	46	100,0

Tabelle 3: Räumlicher Bezug der Protestereignisse

Primäre Aktionsformen

Bei vielen Protestereignissen sind unterschiedliche Aktionsformen festzustellen: Wenn bei Demonstrationen beispielsweise Flugblätter verteilt werden oder es im Zusammenhang mit Demonstrationen zu Sitzblockaden oder gar gewaltsamen Ausschreitungen kommt, wird dies in der Datenbank erfasst und der Zusammenhang zur vorrangigen Aktionsform dargestellt.

Tabelle 4 zeigt die Verteilung der Hauptaktionsformen. Über ein Viertel der Protestereignisse waren Kundgebungen. Fast jedes fünfte Protestereignis der Stichprobe war eine Pressemitteilung oder ein Aufruf.

Wie wurde Protest konkret geäußert?

	Häufigkeit	Prozent
Androhung einer gerichtlichen Klage	1	2,2
Androhung von Mord oder Totschlag	1	2,2
Besetzung	1	2,2
Demonstration, Versammlung, öffentliche Protestkundgebung	13	28,3
Flugblatt, Resolution, Offener Brief	4	8,7
Gerichtliche Klage	4	8,7
Nicht-sprachlicher Protest, kulturelle Veranstaltung	2	4,3
Pressemitteilung, Aufruf	9	19,6
Störung, Behinderung	1	2,2
Sachbeschädigung	2	4,3
Unterschriftensammlung, Petition	4	8,7
Verletzung von Personen	4	8,7
Gesamt	46	100,0

Tabelle 4: Primäre Aktionsform der Protestereignisse

Aktivitäten wie Pressemitteilungen und offene Briefe sind hinsichtlich der Kosten und persönlichen Risiken, die die Protestteilnehmenden eingehen, vergleichsweise gering. Vor allem bei gewaltsamen Protestformen ist ein höheres Maß an Radikalisierung festzustellen – im Sinne eines allgemeinen formalen Radikalisierungsmodells (siehe Beitrag von Quent zu vourteilsgeleiteter Radikalisierung in diesem Band). Tabelle 5 zeigt am Beispiel der Stichprobe 2016, wie im Forschungsmodul ZiB Protesthandlungen gemäß ihrer Intensität gruppiert werden (orientiert an: Burchardt 2001: 258).

Als **niedrigschwellige Protestformen** sind *appellative* Ereignisse zu verstehen. Diese äußern ihre Anliegen, Forderungen und Widersprüche verbal – beispielsweise durch Mitteilungen, offene Briefe, Resolutionen, Unterschriftensammlungen oder Petitionen. Hierunter fallen auch Drohungen niedriger Intensität – beispielsweise gehören in diese Kategorie die Unterschriftensammlung gegen die Gebietsreform oder die Kritik des Kinderschutzbundes an der Lage in den Unterkünften für Geflüchtete, aber eben auch eine Drohung mit Arbeitsniederlegung oder eine Klage.

Prozedurale Protestformen sind vor allem Klagen, Verfahrenseinsprüche und Verfassungsbeschwerden. In diese Kategorie fällt 2016 beispielsweise die Klage gegen das Vorschaltgesetz der Gebietsreform der Thüringer Landesregierung.

Demonstrativ sind Demonstrationen, Protestmärsche, Menschenketten, Mahnwachen oder Flash-mobs – also Proteste auf der Straße, die meist legal ablaufen.

Als direkt oder konfrontativ werden Proteste eingeordnet, die eine direkte Auseinandersetzung mit der Gegenseite enthalten – beispielsweise Streiks, Aussperrungen, Besetzungen und Blockaden.

Die höchste Intensitätsstufe bilden **gewaltförmige Protestereignisse**. In diese Kategorie fallen Sachbeschädigungen und Gewalt gegen Personen sowie Anschläge. Innerhalb der Kategorie ist eine weitere differenzierte Betrachtung möglich.

Welche allgemeine Form haben die Proteste angenommen?

		Häufigkeit	Prozent	Kumulierte Prozente
Gültig	appellativ	18	39,1	39,1
	prozedural	4	8,7	47,8
	demonstrativ	15	32,6	80,4
	direkt oder konfrontativ	2	4,3	84,8
	gewaltförmig	7	15,2	100,0
	Gesamt	46	100,0	

Tabelle 5: Primäre Aktionsformen der Protestereignisse gruppiert nach allgemeinen Kategorien und Intensitätsniveau

Gewaltförmige Protestereignisse

Die **Androhung** von Gewalttaten ist ein Indikator für Entmenschlichung und Enthemmung und wird als gewaltförmig verstanden, weil diese bei den Adressierten ähnliche Folgen haben soll und kann wie gewalttätige Übergriffe: Es geht darum, Angst zu verbreiten, einzuschüchtern und mit nicht-demokratischen Mitteln Verhaltensänderungen zu bewirken. Beispielsweise fallen darunter öffentliche Drohungen gegen Politiker/-innen.

Sachbeschädigungen sind illegale und gewaltförmige Protestereignisse, bei denen keine Menschen zu Schaden kommen. In der Stichprobe 2016 waren dies beispielsweise die Beschädigung von Hochständen oder der Angriff auf das Büro des Vereins „Migration Integration Gemeinschaft“ in Weida.

Körperverletzungen sind illegale und stärker gewaltförmige Protestereignisse, die zur Schädigung von Personen führen. Die 4 in der Stichprobe 2016 erfassten Fälle dieser Kategorie sind Angriffe auf Geflüchtete und Menschen aus Einwandererfamilien in Sömmerda, Neustadt an der Orla und Meiningen.

Die höchste Radikalisierungsstufe von Protestereignissen sind **gewaltförmige Aktivitäten hoher Intensität**, die zur Ermordung oder Tötung von Menschen führen oder diese in Kauf nehmen.

Veranstalter/-innen

In 41,3 Prozent der Fälle wurden in der Quelle keine kollektiven, organisierten Akteure als Veranstalter/-innen des Protestereignisses genannt. Tabelle 6 zeigt, dass vielfältige Akteure das Mittel des Protestes nutzen. 31 Mal (62,7 Prozent) wurden konkrete Veranstalter/-innen genannt. Davon sind 25,8 Prozent (8 Fälle) der rechten Bewegung zuzuordnen. 1 Fall (3,2 Prozent) ist der linken Bewegung zuzuordnen. Die überwiegende Mehrheit der Fälle der Stichprobe (71 Prozent) umfasst verschiedene soziale und politische Akteure, die keiner eigenständigen Bewegung zuzurechnen sind.

Deutlich mehr als die Hälfte der organisierten Akteure (61,3 Prozent) sind langfristig institutionalisierte Vereine, Projekte, Träger, Parteien, Interessensvertretungen und Verbände. Dies deutet auf eine hohe Professionalität des Protestgeschehens hin. Doch auch weniger professionalisierte Akteure (Bürgerbündnisse und Bürgerinitiativen) sind in der Stichprobe stark vertreten (38,7 Prozent). Dies spricht insgesamt für eine gesunde und wache Zivilgesellschaft in Thüringen – unabhängig von der politischen Ausrichtung und den Zielen der Protestveranstalter/-innen. Alarmierend ist das hohe Aktivitätsniveau extrem rechter Akteure (siehe dazu den Beitrag von Lammert in diesem Band).

Welche organisierten Akteure haben die Proteste veranstaltet bzw. initiiert?

Kollektive Veranstalter/-innen und Initiator(inn)en der Proteste	Anzahl
Nicht benannt oder nicht vorhanden	19
AfD	2
Antifa	1
Bildungswerk Blitz	1
Bündnis gegen Rechtsextremismus Schleusingen	1
Bündnis Zukunft Hildburghausen	1
Bürgerinitiative für weiches Wasser für Rudolstadt	1
Bürgerinitiative Gegenwind Nesselal für Mensch und Natur	1
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag	1
Erschießungskommando (Neonazi-Band)	1
ezra	2
Flüchtlingsrat Thüringen	2
Katholisches Büro Erfurt	1
Kinderschutzbund	1
Kreisverband Gera der Piratenpartei	1
Landeselternvertretung für Kindertagesstätten Thüringen	1
Lehrerverband Thüringen	1
Mobit	1

Rettungsdienstzweckverband Südthüringen	1
Selbstverwaltung für Thüringen	2
Studierendenrat der FSU Jena	1
Thügida	3
Thüringische Vereinigung für Volkskunde	1
Verein Henneberg-Itzgrund-Franken	1
Verein Jenaer Bürger denken mit	1
Wir sind Meinungen	1
Gesamt	50

Tabelle 6: Kollektive Veranstalter/-innen und Initiator(inn)en der Proteste (Mehrfachangaben möglich)

Themen, Motive und Forderungen

Die Wortwolke (vgl. Abbildung 2) veranschaulicht die thematische Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Protestaktivitäten – auf Grundlage der bei der Erhebung eingegeben Kurzbeschreibungen und der wörtlich in den Artikeln benannten Protestmotive. Das Bild zeigt: Die Thüringer Zivilgesellschaft ist tatsächlich in Bewegung.



Abbildung 2: Die 50 häufigsten Wortnennungen (Kurzbeschreibung und Thema/Motiv), erstellt mit wordle.net

Die Protestereignisse vertreten sehr unterschiedliche Forderungen. Wie die Wortwolke bereits andeutet, sind die Anliegen der Proteste so vielfältig, dass eine Gruppierung der Hauptforderung in „Themenfamilien“ einen genaueren Überblick liefert:

- 16 Protestereignisse entfallen auf den Bereich „Rechte Proteste“ (umfasst die extreme Rechte, Rechtspopulismus, Geschichtsrevisionismus und die politische Rechte allgemein). 8 Fälle sind pro und 8 Fälle contra die politische Rechte – davon 6 Ereignisse, die explizit als Gegenveranstaltungen zu Protesten rechter Gruppen codiert wurden.
- Bei 9 Protestereignissen steht das Thema „Migration“ im Vordergrund: 5 davon richten sich gegen und 4 für Migration bzw. Migrant(inn)en und Flüchtlinge. Auffällig hierbei ist der eklatante Unterschied in der Wahl der Mittel. Von den 4 Pro-Migrations-/Flüchtlings-Ereignissen sind 3 appellativ, 1 fällt in die Kategorie „nicht-sprachlicher“ Protest; alle Contra-Migrations-/Flüchtlings-Ereignisse waren gewalttätig (1 Mal Sachbeschädigung, 4 Mal Verletzung von Personen).
- 8 Protestereignisse befassen sich mit Fragen der Infrastruktur (inkl. sozial, kulturell und Verkehr).
- 6 Protestereignisse richten sich gegen die Gebietsreform der Landesregierung.
- 3 Protestereignisse befassen sich mit dem Bereich Bildung.
- Jeweils ein Protestereignis entfällt auf die Themen Exekutive, Arbeit, Jagd und Hausbesetzung durch Autonome.

Abbildung 3 veranschaulicht, welche Themen in der Stichprobe der Berichterstattung der Landesteile der Thüringer Zeitungen den höchsten Anteil einnehmen.

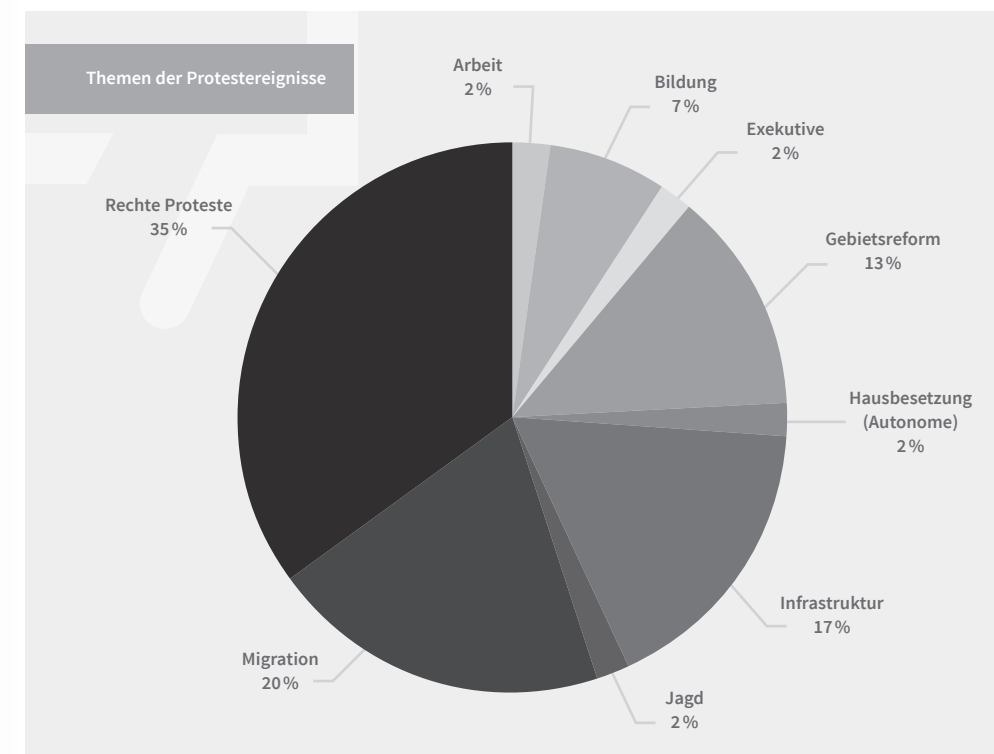


Abbildung 3: Themenfelder der Protestereignisse (Pro- und Contra-Proteste zusammengefasst)

Der Blick in die Daten zeigt: Vor allem Protestmobilisierungen von und gegen Veranstaltungen des rechtsextremen Vereins Thügida und der AfD bestimmen den Bereich der „politischen Rechten“.

Fazit & Ausblick 2017

Wie in jeder modernen Demokratie gehört auch in Thüringen das Protestieren zum Tagesgeschäft.

Wie in jeder modernen Demokratie gehört auch in Thüringen das Protestieren zum Tagesgeschäft. Es sind nicht – wie noch in den 1970er Jahren – überwiegend linke Interessengruppen, die dieses Mittel zur politischen Teilhabe nutzen. Die Zivilgesellschaft in Thüringen ist 27 Jahre nach dem Fall der Mauer

selbstbewusst und demokratisch engagiert, insbesondere auf kommunaler und regionaler Ebene sowie auf Landesebene. Bundesdeutsche oder internationale Themen spielen nur eine geringe Rolle. Die thematische Breite lässt erkennen: Proteste treten nicht erst in zugespitzten Krisenlagen auf, sondern bilden ein normales Korrektiv beziehungsweise ein Mittel zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen. Die Themen, die Anlass zu Protesten geben, sind vielfältig: Insbesondere Einwanderung, Rechtspopulismus/Rechtsextremismus sowie die Thüringer Gebietsreform sind überregionale und mehrfache Topoi der Proteste. Rechte Mobilisierungen und Gegenproteste sowie die Migrationsthematik sind bedeutsame Themen, die mehr als die Hälfte der Protestereignisse in dieser Stichprobe ausmachen. Doch die Bandbreite der Themen ist, wie die Abbildung zeigt, deutlich größer. Kleinteiligere Gegenüberstellungen zeigen: Proteste gegen die Gebietsreform der Thüringer Landesregierung stellen insgesamt das größte konkrete Einzelthema für Proteste dar – das heißt also sachbezogene Proteste, die auf ein konkretes politisches Vorhaben und nicht auf allgemeine Transformationsprozesse (beispielsweise Einwanderung) oder politische Akteure (wie gegen Thügida oder die AfD) zielen.

Diese Beispiele veranschaulichen beispielhaft nur einige beschreibende Möglichkeiten der Protestereignisanalyse mit der Datenbank ZiB. Sie liefern zugleich einen Einblick in die Themen zivilgesellschaftlicher und politischer Konfliktaustragung. Umfassende und politisch relevante Erkenntnisgewinne versprechen vertiefende Untersuchungen – etwa Längsschnittanalysen oder regional und thematisch vertiefende Fragestellungen.

Umfassende und politisch relevante Erkenntnisgewinne versprechen vertiefende Untersuchungen – etwa Längsschnittanalysen oder regional und thematisch vertiefende Fragestellungen.

Die Erforschung zivilgesellschaftlichen Protestengagements verspricht in den kommenden Jahren interessante Befunde auf Vergleichsbasis und einmalige Einblicke darin, wie die selbstbewusste Zivilgesellschaft einer stabilen Demokratie auf epochale Transformationsprozesse reagiert. Besonders innovativ und relevant für das ländlich geprägte Thüringen ist die kleinräumige Betrachtung solcher Entwicklungen. In weiteren Arbeitsschritten ist vorgesehen, die Protestereignisdatenbank zu verknüpfen mit weiteren Quellen, insbesondere mit den Chroniken und Dokumentationen von

Mobit und ezra sowie polizeilichen Kriminalstatistiken. Damit kann die Aussagekraft und Sensibilität des Instrumentes verstärkt werden – und es soll insbesondere eine integrierte Datengrundlage geschaffen werden in Hinblick auf vertiefende Analysen zu vorurteilsbasierten Radikalisierungsprozessen (siehe Beitrag von Quent in diesem Band).

Susann Bischof, M.A., studierte Soziologie, Philosophie und Gesellschaftstheorie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Masarykova univerzita (Brünn, Tschechien) und der Higher School of Economics (Moskau, Russland). Seit Oktober 2016 ist sie am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft tätig.

Dr. Matthias Quent leitet seit August 2016 das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Er studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Neuere Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der University of Leicester (England).

Literatur

- Bergmann, Knut (2012): Zum Verhältnis von Parlamentarismus und Protest. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62, Heft 25-26, S. 17–23.
- Burchardt, Susann (2001): Protestverhalten in Ost- und Westdeutschland im Vergleich, 1990-1994. In: Rucht, Dieter [Hrsg.]: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Campus Verlag: Frankfurt am Main/New York, S. 241–273.
- Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Roose, Jochen/Rucht, Dieter/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Zajak, Sabrina (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. Online: ipb working paper. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf [25.01.2017].
- Eilders, Christiane (2001): Die Darstellung von Protesten in ausgewählten deutschen Tageszeitungen. In: Rucht, Dieter [Hrsg.]: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Campus Verlag: Frankfurt am Main/New York, S. 275–311.
- Franck, Georg (2010): Kapitalismus Zweipunkt null. Über die Kommerzialisierung der Ökonomie der Aufmerksamkeit. In: Neckel, Sighard [Hrsg.]: Kapitalistischer Realismus: von der Kunstaktion zur Gesellschaftskritik. Campus Verlag: Frankfurt am Main, S. 217–231.
- Früh, Werner (1998): Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis. UVK-Medien: Konstanz.
- Göttinger Institut für Demokratieforschung (2016): Büchse der Pandora? PEGIDA im Jahr 2016 und die Profanisierung rechtspopulistischer Positionen. Online: http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2016/10/Pegida2016_G%C3%B6ttinger_Demokratieforschung.pdf [25.01.2017].
- Haunss, Sebastian/Ullrich, Peter (2013): Viel Bewegung – wenig Forschung. Zu- und Gegenstand sozialwissenschaftlicher Protest- und Bewegungsforschung in der Bundesrepublik. In: Soziologie, 42, Heft 3, S. 290–304.
- Hellmann, Kai-Uwe (1998): Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud [Hrsg.]: Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Westdeutscher Verlag: Opladen/Wiesbaden, S. 9–30.
- Hocke, Peter (2001): Protestieren nur die Studenten? Ein Vergleich mittelgroßer Städte in der ‚alten‘ Bundesrepublik. In: Rucht, Dieter [Hrsg.]: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Campus Verlag: Frankfurt am Main/New York, S. 211–239.

- Hocke, Peter (1998): Determining the Selection Bias in Local and National Newspaper Reports on Protest Events. In: Rucht, Dieter/Koopmans, Ruud/Neidhardt, Friedhelm [Hrsg.]: Acts of Dissent. New Developments in the Study of Protest. edition sigma: Berlin, S. 131–163.
- Hutter, Swen/Teune, Simon (2012): Politik auf der Straße. Deutschlands Protestprofil im Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62, Heft 25-26, S. 9–17.
- Kern, Thomas (2008): Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Kneuer, Marianne/Richter, Saskia (2015): Soziale Medien in Protestbewegungen. Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung? Campus-Verlag: Frankfurt am Main.
- Koopmans, Ruud (2001): Alter Rechtsextremismus und neue Fremdenfeindlichkeit: Mobilisierung am rechten Rand im Wandel. In: Rucht, Dieter [Hrsg.]: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Campus Verlag: Frankfurt am Main/New York, S. 103–142.
- Kriesi, Hanspeter/Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan Willem/Giugni, Marco G. (1995): New social movements in Western Europe: a comparative analysis. UCL Press: London.
- Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (2001): Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. 1950-1994: Ereignisse, Themen, Akteure. In: Rucht, Dieter [Hrsg.]: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Campus Verlag: Frankfurt am Main/New York, S. 27–70.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1993): Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt, 44, Heft 3, S. 305–326.
- Oliver, Pamela E./Maney, Gregory M. (2000): Political Processes and Local Newspaper Coverage of Protest Events: From Selection Bias to Triadic Interactions. In: American Journal of Sociology, 106, Heft 2, S. 463–505.
- Pollack, Detlef (2004): Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie. In: Klein, Ansgar [Hrsg.]: Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 14): Wiesbaden, S. 23–40.
- Pross, Harry (1992). Protestgesellschaft. Von der Wirksamkeit des Widerspruchs. Artemis & Winkler: München.
- Quent, Matthias/Salheiser, Axel/Schmidtke, Franziska (2016): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Kompetenzzentrum Rechtsextremismus der FSU Jena. Jena.
- Roth, Roland (2004): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: Klein, Ansgar [Hrsg.]: Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. VS Verlag für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 14): Wiesbaden, S. 41–40.
- Rucht, Dieter (1998): Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft. Zur Rolle sozialer Bewegungen. In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, 11, Heft 1, S. 15–24.
- Rucht, Dieter (2012): Massen mobilisieren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62, Heft 25-26, S. 3–9.
- Rucht, Dieter (2001): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Campus Verlag: Frankfurt am Main/New York.
- Rucht, Dieter/Hocke, Peter/Oremus, Dieter (1995): Quantitative Inhaltsanalyse: Warum, wo, wann und wie wurde in der Bundesrepublik protestiert? In: Alemann, Ulrich von [Hrsg.]: Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung. Westdeutscher Verlag: Opladen, S. 261–291.
- Teune, Simon (2008): „Gibt es so etwas überhaupt noch?“ Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen. In: Politische Vierteljahresschriften, 49, Heft 3, S. 528–547.
- van de Donk, Wim/Loader, Brian D./Nixon, Paul G./Rucht, Dieter (2004): Cyberprotest. New Media, Citizens and Social Movements. Routledge: London.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Springer VS: Wiesbaden.
- Wetzel, Holger (2015): Polizei verhinderte Massenschlägerei bei Pegida-Demonstration in Erfurt. Online: <http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Polizei-verhinderte-Massenschlaegerei-bei-Pegada-Demonstration-in-Erfurt-81515103> [03.01.2015].



„Politischen Debatten über sogenannte Extremismen mangelt es häufig an empirischen Daten und an Einordnungen in übergreifende gesellschaftliche Prozesse.“